

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

der Zukunftskongress der Fraktion war ein riesiger Erfolg. Nicht nur, dass mehr als 1000 Gäste an der zweitägigen Konferenz teilnahmen, auch die Berichterstattung in der Presse war äußerst positiv. Über den Livestream haben tausende Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land den Kongress verfolgt; damit setzen wir Maßstäbe. Wir werden nun unseren Bürgerdialog in ganz Deutschland fortsetzen.

Neben unseren Ideen für eine gerechtere Gesellschaft hat Peer Steinbrück ein Papier vorgelegt, wie die Finanzmärkte und Banken besser reguliert werden können. Eine wichtige Forderung dabei ist, den Staat aus der Haftung für marode Banken zu befreien. Von der Bundesregierung kam hier bis dato – nichts.

Im Gegensatz zu den Reformvorschlägen der SPD wird die schwarz-gelbe Koalition immer sprachloser und handlungsunfähig. Der erneute Streit um das Betreuungsgeld zwischen Union und FDP macht diese Regierung zur peinlichsten, die die Republik je hatte.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

---

#### IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** TERESA BÜCKER, LILIAN FUCHS, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER  
LINDEN, ANJA LINNEKUGEL  
**TELEFON** (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 28.09.2012 12.00 UHR

## Inhaltsverzeichnis

02	Zukunftskongress: So wollen wir morgen leben	10	Merkel im Gorleben-Ausschuss
04	Steinbrück zur Regulierung der Finanzmärkte	12	Neuausrichtung der Bundeswehr nachsteuern
05	Die Arbeit des NSU-U-Ausschusses	13	Erweiterung der Staatsziele um Kultur und Sport
06	Schäuble plündert Rentenkasse	14	Mieten müssen bezahlbar bleiben
07	Aktuelle Stunde: Kuhhandel für den Machterhalt	14	Kinderbetreuung ausbauen
08	Regierung ignoriert Armut- und Reichtumsbericht	15	Konsequenzen aus dem Kinder- und Jugendbericht
09	Demografie-Fonds in der Rentenversicherung schaffen	16	Jahresbericht des Petitionsausschusses

## PROJEKT ZUKUNFT

### Zukunftskongress der SPD-Fraktion: So wollen wir morgen leben

Wie wollen wir morgen leben? Wie sieht ein gerechtes Deutschland im Jahre 2020 aus? Getreu Willy Brandts Motto „Der beste Weg, die Zukunft vorherzusagen, ist, sie zu gestalten“ luden die Sozialdemokratinnen und -demokraten zu ihrem zweitägigen Zukunftskongress ins Berliner Paul-Löbe-Haus. In acht Foren wurden wichtige Projekte diskutiert, die Stützpfeiler der Gesellschaft sind. Die Ergebnisse der Projekte entstanden in den vergangenen Monaten unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit, im Diskurs mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlern, Gewerkschaften und Verbänden. Gemeinsam ergeben sie Bausteine eines Regierungsprogramms für 2013.

Am 14. September begann der Kongress mit einem Grußwort des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers und SPÖ-Chefs Alfred Gusenbauer. Er mahnte zur beständigen Zusammenführung von Ökonomie und Politik, um allen Menschen Teilhabe an den Ressourcen und Produktionsmitteln zu ermöglichen.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion Thomas Oppermann stellte klar: "Dieses Land hat eine bessere Regierung verdient als Schwarz-Gelb".

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende und integrationspolitische Sprecherin der Fraktion Aydan Özoguz warb in ihrer Rede für die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität - eines der wichtigsten sozialdemokratischen Ziele.

Unter dem Motto "So wollen wir morgen leben" begannen im Anschluss parallel die Foren.

Um 19 Uhr hielt der Chef des deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer eine Rede auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes, bevor der Abend im geselligen Beisammensein ausklang.

### **Die SPD hat eine Haltung**

Der 15. September startete um 10 Uhr mit einem Grußwort der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles. Sie verwies auf die Zukunftsfähigkeit der SPD-Bundestagsfraktion - nicht zuletzt durch die sorgfältige und abwägende Entwicklung der Themen des "Projekts Zukunft", das eben jene Lösungsmodelle vorstellt, wie ein gerechtes Land aussehen könnte.

Frank-Walter Steinmeier sagte in seiner zentralen Rede, Deutschland liege innenpolitisch "in Agonie". Der "Schlachtenlärm der Koalition" verdecke die Leere. Ergebnisse des schwarz-gelben Bündnisses? Fehlanzeige. "Die Regierung versetzt das Volk in tägliches Koma", so Steinmeier. Dabei lebten wir alle "von gebrachter Zeit". Die Koalition "erntet auf Feldern, auf denen sie nie gesät hat". Dem wolle die SPD etwas entgegensetzen - etwas mit Hand und Fuß, Konzepte für das nächste Jahrzehnt.

Er summierte die acht Schwerpunktbereiche des "Projektes Zukunft", die alle etwas gemeinsam hätten: Haltung. Eine Haltung, die dieses Land gestalten will und kann. "Wir wollen vorneweg gehen, nicht als Juniorpartner in einer Großen Koalition", sagte Steinmeier unter großem Beifall. Er ergänzte: "Wir haben die Vision von einem Land, in dem Wohlsatnd für alle möglich ist". In Richtung Publikum rief er: "Lasst uns dafür sorgen, dass aus der gesellschaftlichen Mehrheit für sozialdemokratische Haltungen eine politische Mehrheit wird!"

### **Demografischer Wandel ist eine soziale Revolution**

Steinmeier ging auch auf die vergangenen Jahre ein, die nicht leicht für die Sozialdemokratinnen und -demokraten waren. Die Agenda 2010 etwa sei der Versuch einer Antwort auf die Herausforderungen der Mitte des letzten Jahrzehnts gewesen. "Ja, sie war nicht frei von Fehlern, ja wir haben einiges korrigiert; ich weiß, wie schmerzhaft dieser Weg war, aber er hat uns Glaubwürdigkeit gegeben, weil wir gestanden haben. Wir haben das Land neu aufgestellt!" Steinmeier konstatierte, dass Rot-Grün die Koalition für die Zukunft sei, nicht zuletzt, weil sie ihre Kraft zu Erneuerung bereits erfolgreich bewiesen habe. Nun gehe es darum, die Fragen der Zukunft zu beantworten. Er stellte die acht Foren vor, betonte die Bedeutung des demografischen Wandels, der "eine soziale Revolution" sei, die Bildung, eine "Schlüsselfrage" der künftigen Gesellschaft, und mahnte, dass die Krise gezeigt habe: Wir müssen weg von der Abhängigkeit von den Finanzmärkten.

Was hält eine Gesellschaft wirklich zusammen? Banken, weil sie "systemrelevant" sind? Steinmeier postulierte, dass in Wahrheit die soziale Gerechtigkeit eine Gesellschaft zusammenhalte - "sie ist systemrelevant für die Demokratie". Schließlich bestehe Demokratie aus der Zustimmung zu einem Gemeinwesen, in dem Politik immer wieder neu gestaltet werden muss. In diesem Sinne rief er zum Kampf gegen Altersarmut auf, deren Lösung vor allem im Kampf gegen Erwerbsarmut liege.

Im Unterschied zu der Situation vor zehn Jahren, in der die Sozialdemokraten das Land aus einer Schwächesituation heraus reformierten, können sie das nun aus einer Situation der Stärke heraus. Steinmeier: "Dieses Land braucht eine neue Regierung. Wir spielen auf Sieg, nicht auf Platz!"

Der Samstag war geprägt von drei großen Diskussionsrunden zu den Themen Gerechtigkeit, Wohlstand und Demokratie, in denen jeweils hochrangige Gäste mit SPD-Politikerinnen und -Politikern debattierten.

### **Verschuldung ist eine Frage der intergenerativen Gerechtigkeit**

In einem Rundumschlag gegen Schwarz-Gelb sagte der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, Angela Merkel agiere wie Alice im Wunderland. Ihre Politik verhindere die Spaltung am Arbeitsmarkt nicht, und auch nicht die Flucht der Abgehängten wie der Eliten in Parallelgesellschaften. Insbesondere die Eliten zögen sich aus ihrer Verantwortung immer weiter zurück, weil sie kaum auf öffentliche Güter wie Kultur, Bildung oder Infrastruktur

angewiesen seien, also auch wenig Interesse an deren Finanzierung hätten. Mit Blick auf den demografischen Wandel stellte er die Frage in den Raum: "Wie entwickelt sich eigentlich die Kreativität in einer Gesellschaft, in der mehr Alte als Junge leben?" Die öffentliche Verschuldung sei darum auch eine Frage der "intergenerativen Gerechtigkeit". Steinbrück: "Wir geben den Jungen die Verschuldung wie einen Wackerstein mit auf ihren Weg." Er mahnte, dass solche Krisen wie die Schuldenkrise letztlich auch zu "Legitimationsfragen" führten. Ist die Politik noch Herr der Gestaltung? "Wohlstand definiert sich auch durch Vertrauen, das darf die Politik nicht verlieren."

Steinbrück plädierte für Steuererhöhungen bei sehr Vermögenden, um die Schuldenbremse einzuhalten, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken, die öffentliche Infrastruktur auszubauen und die Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Alle Politik der SPD sei letztlich Gesellschaftspolitik. Und die wiederum bilde die Bindekraft der Gesellschaft. "Diese Qualität stellen wir in spätestens zwölf Monaten der CDU/CSU, vor allem aber der FDP entgegen."

Zum Abschluss des zweitägigen Kongresses sprach SPD-Parteichef Sigmar Gabriel unter anderem über die Zukunft Europas, die Finanzkrise und den bevorstehenden Bürgerdialog der SPD: "Im Internet, in Bürgerkonferenzen vor Ort und ganz traditionell per Post bitten wir die Menschen in unserem Land um ihre Meinung. Übrigens mit einer ganz einfachen Frage: Was soll besser werden in unserem Land?"

## FINANZEN

### **Steinbrück zur Regulierung der Finanzmärkte: „Raus aus der Erpressungssituation“**

Unter dem Titel „Vertrauen zurückgewinnen: Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte“ stellte der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück am vergangenen Mittwoch in Berlin sein Konzept zur Finanzmarktregulierung vor.

Die internationale Finanzkrise hat gezeigt, dass etwas aus dem Lot geraten ist: „Die Finanzmärkte haben Maß und Mitte verloren“, so Steinbrück vor der Hauptstadtpresse. „Haftung und Risiko fallen nicht mehr zusammen, denn Gewinne werden privatisiert, Verluste dagegen sozialisiert.“ Das habe dazu geführt, dass die Menschen das Vertrauen in Politik verloren haben. Steinbrück ist überzeugt: Stellt man die dringend notwendige Frage, welche Regeln und Mechanismen geeignet sind, die Finanzmärkte zu bändigen, „geht es um nicht weniger, als die Frage in welcher Gesellschaft wir leben wollen“.

Nach der Einführung erklärte Peer Steinbrück die einzelnen Maßnahmen seines Konzepts, denn „die Menschen interessiert die Frage, wo die Gestaltungsfähigkeit der Politik geblieben ist.“

#### **Ende der Staatshaftung**

Durch die europaweite Einführung einer Finanztransaktionsteuer sollen die Finanzmärkte an den Kosten der Krise beteiligt werden. Außerdem soll die Staatshaftung für sogenannte „systemrelevante“ Banken ein Ende finden – und damit die gegenwärtige „Erpressungssituation“, in der sich die Politik befindet. Steinbrück: „Wir wollen nicht mehr, dass in erster Linie der Steuerzahler für illiquide Finanzinstitute zahlt, sondern die Eigentümer.“ Sollte eine systemrelevante, grenzüberschreitend tätige Bank in Schieflage geraten, soll zukünftig ein von den Banken finanzierter, europäischer Bankenfonds zuständig sein.

Ein weiterer ganz entscheidender Schritt sei die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking. Dadurch würden Risiko und Haftung wieder zusammen geführt. Steinbrück: „Die Investmentbank darf sich kein Kapital von der Geschäfts- und Einlagebank besorgen, und andersherum auch nicht. Es sind zwei rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften unter einem Dach.“

Als weitere essentielle Bestandteile der Finanzmarktregulierung nannte Steinbrück die Konsolidierung des Landesbankensektors sowie die Ausweitung der direkten Regulierung auf sogenannte „Schattenbanken“. Ungedekte Leerverkäufe oder auch Rohstoffhandel ohne realwirtschaftliche Unterfütterung müssen unterbunden werden, um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität von Staaten zu erhöhen.

#### **Beschränkung der Immobilienbeleihung**

Nicht zuletzt muss die Eigenverantwortung der Banken gestärkt werden. Die Banken müssen sicherer werden. Dazu gehört zum Beispiel die Verhinderung von Immobilienblasen durch eine Beschränkung der Immobilienbeleihung.

Die Europäische Zentralbank (EZB), die „zu einem Ersatzakteur verurteilt wurde“, so Steinbrück, müsse jetzt auch die Kapazitäten und Durchgriffsrechte erhalten, die für die Übernahme von Aufsichtsaufgaben nötig sind. Steinbrück fügte hinzu, „die Brüsseler Kommission ist dichter an meinem Papier als die Bundesregierung.“

Auf die Frage eines Journalisten, welche Reaktion sich Steinbrück seitens der Union auf sein Konzept wünsche, antwortete er: „Heftige Kommunikation!“ Der Finanzminister a. D. resümierte seine Ausführungen mit dem Satz: „Es geht darum, die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes zu erhalten, und zwar innerhalb bestimmter Leitplanken. Es geht darum, die Infragestellung ganzer Staaten und damit ihrer ganzen Gesellschaften zu verhindern.“

### **NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS**

## **Eva Högl informiert über die Arbeit im Untersuchungsausschuss**

Mit Blick auf die Zeugenvernehmungen im NSU-Untersuchungsausschuss am 27. und 28. September sowie auf Grund der aktuellen Ereignisse hat die Obfrau der SPD-Fraktion, Eva Högl, Medienvertreterinnen und –vertreter über das weitere Vorgehen informiert.

Am 21. September hätten die Obleute des NSU-Untersuchungsausschusses von dem Hinweis erfahren, dass ein Beschuldigter des NSU-Verfahrens V-Mann einer Sicherheitsbehörde gewesen sein soll. Am 24. September hätte man sich im Untersuchungsausschuss darauf geeinigt, dass es zunächst eine Aufklärung des Tatbestandes geben solle. Auch am 25. September habe es dazu ein Gespräch mit Innenstaatssekretär Fritsche und dem neuen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Maaßen, gegeben. Auch da sei ein zügiges Vorgehen bezüglich der Aufklärung und Stillschweigen über die Akte verabredet worden. Von Anfang an habe der Untersuchungsausschuss Innenminister Friedrich aktiv in die Untersuchungsarbeit miteingebunden.

Deshalb seien alle Obleute überrascht gewesen, dass Friedrich am 25. September vor den Medien berichtet habe, dass vermutlich ein in die Verbrechen der rechtsextremen Terrorzelle verwickelter Beschuldigter ein V-Mann einer Sicherheitsbehörde gewesen sei, erklärte Eva Högl. Schließlich habe man im Ausschuss Geheimhaltung über die Inhalte der als geheim eingestuft Akte vereinbart. Sie selbst habe allerdings über den Vorsitzenden des NSU-

Untersuchungsausschusses, Sebastian Edathy, angeregt, beim Generalbundesanwalt die Herabstufung der Akte zu erreichen, damit die Öffentlichkeit über den Vorgang informiert werden könne. Mittlerweile wurde die Akte vom GBA herabgestuft

### **Berlin muss für sich klären**

Zu den Ereignissen rund um den Umgang der Berliner Sicherheitsbehörden mit den Unterlagen zu dem V-Mann, der mit Uwe Mundlos in Verbindung gestanden habe, erklärte Högl, dass das Ziel der Aktenlieferung nun erfüllt sei. Berlin müsse für sich selbst klären, was in den Behörden vor sich gegangen sei. Deshalb halte sie eine Zeugenbefragung des Berliner Innensenators für schwierig. Denn der Auftrag des Untersuchungsausschusses lautet, zu ermitteln welche Informationen zum NSU-Terror den Behörden bis zum 8. November 2011 vorlagen.

Wie mit den Informationen in Berlin umgegangen worden sei, solle in erster Linie durch die Vernehmung des V-Mann-Führers geklärt werden. Eventuell werde es ein erweitertes Obleutegespräch mit Innensenator Henkel und der kommissarischen Polizeipräsidentin geben.

Zudem berichtete Eva Högl über die Planung der Arbeit des Untersuchungsausschusses und anstehende Zeugenvernehmungen:

### **Unvollständige Bundeswehrpersonalakte von Uwe Mundlos**

Das Protokoll der Befragung von Uwe Mundlos durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) von 1995, das zunächst in der Presse zitiert wurde, liege dem Untersuchungsausschuss jetzt vor. Allerdings sei die Bundeswehr-Personalakte von Uwe Mundlos unvollständig. Dazu hat Eva Högl Verteidigungsminister de Maizière (CDU) zunächst schriftlich befragt und um baldmöglichste Beantwortung gebeten.

Am 18. Oktober soll der Innenstaatssekretär und frühere stellvertretende Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Fritsche, vernommen werden. Ebenso wird der Ermittler Engelke, der mit den Ermittlungen um die im Bundesamt für Verfassungsschutz geschredderten Akten betraut ist, als Zeuge Bericht erstatten.

Am 8. November soll es dann im Untersuchungsausschuss um die Rolle des Verteidigungsministeriums und des MAD in Zusammenhang mit der NSU-Terrorzelle gehen.

Desweiteren sind Vernehmungen der ehemaligen Bundesinnenminister Otto Schily und Wolfgang Schäuble geplant. Außerdem werden die Vorgänge bei den Sicherheitsbehörden in Thüringen in den Blick genommen.

## **HAUSHALT**

### **Schäuble plündert Rentenkasse**

Um die Einhaltung der Schuldenbremse 2016 sicherzustellen, bedient sich die Koalition unlauterer Mittel. Sowohl im Haushalt 2013 als auch im Finanzplan wird an zwei Stellen schamlos und unverantwortlich in die Rentenkasse gegriffen, um das angeblich mühelose Erreichen der Schuldenbremse zu garantieren.

Finanzminister Schäuble nimmt die nächsten vier Jahre insgesamt fast 5 Milliarden Euro aus dem Rententopf, nennt dies „Beitrag zur Konsolidierung“ und schiebt es in den Bundeshaushalt. Sobald die Schuldenbremse nach 2016 in Kraft tritt, fällt der Konsolidierungsbeitrag weg und wird durch den Bundeshaushalt finanziert. „Hier wird nicht weiter als 2017 gedacht, sondern zu Lasten der Beitragszahler Schönfärberei betrieben“, kritisiert die stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Bettina Hagedorn.

### Haushaltentwurf frisiert

Und noch eine zweite Stellschraube hat Schäuble genutzt, um bereits seinen Haushaltsentwurf vom Sommer zu frisieren: die Beitragssatzsenkung von 19,6 auf 19,0 Prozent. Bei geltender Gesetzeslage wäre die auf Empfehlung des Schätzerkreises regulär erst im November in den Haushaltsberatungen vorgenommen worden. Bereits jetzt hat der Finanzminister diese in seinem Kabinettsentwurf berücksichtigt, so dass er die automatische Einsparung dadurch beim Bund von zusätzlich 1 Milliarde Euro als eigene „Konsolidierungsanstrengung“ beschönigen konnte.

Nicht nur damit verstößt der Finanzminister gegen den Geist der Schuldenbremse, nach der in konjunkturell guter Zeit Rücklagen für eine drohende Eintrübung der Wirtschaftslage geschaffen werden sollen.

Stattdessen werden munter die Sozialkassen geplündert: 2 Milliarden Euro beim Gesundheitsfond und 4,5 Milliarden Euro zu Lasten der Jobcenter, der Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien. Ein Griff in die Kasse der Bundesagentur für Arbeit bedeutet ein weiteres Minus von 7 Milliarden Euro unter anderem durch die Streichung des Mehrwertsteuerpunktes – und all das allein 2013. Im Finanzplan sind in diesen Bereichen bis 2016 weitere Kürzungen in Höhe von mehr als 40 Milliarden Euro vorgesehen.

„Wie soll damit aktive Arbeitsmarktpolitik nachhaltig finanziert, wie dem Fachkräftemangel begegnet werden?“, fragt Bettina Hagedorn. Für das Instrument der „Kurzarbeit“ sei in einem künftigen Wirtschaftsabschwung auf jeden Fall kein Geld da, denn die Rücklagen dafür habe der Finanzminister geplündert. Hagedorn: „Verantwortliche Politik geht anders.“

## AKTUELLE STUNDE

### Schwarz-Gelb: Kuhhandel für den Machterhalt

In einer Aktuellen Stunde der SPD setzte sich der Bundestag mit den Bundesratsentscheidungen vom 21. September 2012 und dem Geschacher um das Betreuungsgeld auseinander. Thomas Oppermann stellte fest, diese Regierung sei die peinlichste, die Deutschland je hatte.

Unter dem Titel „Frauenquote, Betreuungsgeld, Mindestlohn – Unterschiedliche Auffassungen innerhalb der CDU/CSU und FDP“ fand am 27. September 2012 eine Aktuelle Stunde auf Antrag der SPD statt.

„In allen innenpolitischen Fragen ist diese Regierung handlungsunfähig“, stellte Thomas Oppermann, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, fest. Vor drei Wochen habe die Regierung das Eurokrisenmanagement an die Europäische Zentralbank (EZB) abgetreten. Und müsse sich seitdem wieder mit innenpolitischen Fragen beschäftigen. Nichts habe sich geändert, überall herrsche Streit. Sei es die Frauenquote, der Mindestlohn, die Rente oder das Betreuungsgeld. „Frau von der Leyen will die Quote. Frau Schröder lehnt sie ab,“ zählte Oppermann auf. Schröder habe einen Gesetzentwurf zum Betreuungsgeld vorgelegt, den sie selber gar nicht wolle. Frau von der Leyen habe eine Rentenreform vorgelegt, die die Kanzlerin nicht wolle. Merkel hoffe dabei auf Unterstützung durch Herrn Rösler. Der sei aber damit beschäftigt, gegen die Energiewende, gegen das Betreuungsgeld und gegen den Reichtums- und Armutsbericht zu kämpfen.

#### Oppermann: In der Regierung kämpft jeder gegen jeden

Das zeige, so Oppermann: „In dieser Regierung kämpft jeder gegen jeden, und niemand kümmert sich darum, die Probleme in diesem Land zu lösen.“ So seien die Abstimmungen im

Bundesrat am 21. September zum „schwarzen Freitag“ der Koalition geworden. Dort probten CDU-Ministerpräsidenten den Aufstand gegen diese Bundesregierung, weil sie sich nicht mehr mit dem Stillstand abfinden wollten. „Sie wissen genau, die Zeit der Regierung läuft ab“, so Oppermann. Sie hätten gemerkt, dass die Bevölkerung hinter den Vorschlägen der Opposition stehe: 76 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind für einen gesetzlichen Mindestlohn, 69 Prozent lehnen das Betreuungsgeld ab, und 56 Prozent wollen die Frauenquote. Deshalb hätten einige CDU-Ministerpräsidenten beim Mindestlohn und Frauenquote gegen Frau Merkel gestimmt, sagte Oppermann. Sie handelten nach dem Motto: „Rette sich, wer kann.“

Nun müsse Bundeskanzlerin Merkel die Abtrünnigen zu einem Krisengipfel einladen. Doch, so Oppermann: „Es kam noch schlimmer. Den Knall gab es am Montag zum Betreuungsgeld.“ Dieser Koalition gehe es nur um Machterhalt. Dazu ist ihnen auch ein großer Kuhhandel recht. So wolle die FDP, die das Betreuungsgeld eigentlich ablehne, dafür stimmen, wenn sie dafür etwas anderes als Gegenleistung bekommen. Doch das falsche Betreuungsgeld werde dadurch nicht besser. Es sei ein Rückmarsch zum Frauenbild der 50er Jahre. Hier gehe es, sagte Oppermann, auch nicht um die Aushandlung eines Kompromisses. Es sei gut, wenn ihre Zeit in einem Jahr abgelaufen sei, sagte Oppermann.

#### **Ziegler: Betreuungsgeld ist Totalausfall des Politikmanagements**

Fraktionsvizin Dagmar Ziegler nannte das Betreuungsgeld den „Totalausfall des Politikmanagements“ im Kanzleramt. Anstatt Antworten auf den Armuts- und Reichtumsbericht zu finden, opfere man mit dem Betreuungsgeld als „Altherrenpolitik“ z. B. Kinder aus Migrantenfamilien und Frauen. Gegen den Widerstand von Kinder-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie Kirchen, der Wirtschaft und Gewerkschaften. Die Regierung habe sich mit ihren Anläufen zur Einführung des Betreuungsgeldes zum Gespött gemacht. So sei die Kopplung des Betreuungsgeldes an die Vorsorgeuntersuchungen der Kinder und die Riesterrete eine vollkommen sachfremde Verknüpfung. Ziegler appellierte an die FDP-Fraktion, sich nicht kaufen zu lassen. Die Kanzlerin rief sie auf, das Betreuungsgeld endlich einzupacken.

#### **Lambrecht: Es gibt keine Argumente gegen die Frauenquote**

Es sei schon interessant, stellte SPD-Fraktionsvizin Christine Lambrecht klar, dass die Regierung in der Debatte keine Argumente für ihre Politik habe. Es falle kein Wort zu den Themen. Es würden keine sachlichen Argumente für das Betreuungsgeld und gegen die Quote genannt, weil es sie nicht gebe. Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft, für mehr Frauen in Führungspositionen zu sorgen, habe seit elf Jahren keine Erfolge gebracht, so Lambrecht. In der Bilanz seien 85 Prozent der Aufsichtsräte Männer, und 97 Prozent seien es bei den Vorständen. Lambrecht fragte sich, warum dann auf die Quote verzichtet werden sollte. Sie sei gespannt, ob sich die Unions-Frauen, die die Quote befürworten, und auch Frau Laurischk (FDP) in der Abstimmung „an die Leine“ der Fraktionsdisziplin legen lassen.

## SOZIALES

### **Neues soziales Gleichgewicht: Regierung ignoriert den Armuts- und Reichtumsbericht**

In der Bundestagsdebatte am 27. September um eine Vermögensabgabe hat sich der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausgesprochen. Er warf der Bundesregierung vor, die Ergebnisse des jüngsten Armutsberichts zu ignorieren. Dies sei nicht hinnehmbar, denn die wachsenden Ungleichheiten in der Gesellschaft bedrohten die Demokratie.



„Die Vermögenskonzentration in den westlichen Industriegesellschaften führt selbst bei wachsendem Lebensstandard und steigender sozialer Absicherung der Arbeitnehmer zu einer Disparität, die der persönlichen Freiheit jede Grundlage entzieht“, sagte Gabriel.

Der SPD-Vorsitzende kritisierte, dass 50 Prozent aller neuen Arbeitsverhältnisse befristet seien und 1,5 Millionen Menschen sich ihr täglich Brot bei der „Tafel“ holen müssten. Obendrein vereinigten die oberen zehn Prozent mehr als die Hälfte des Nettovermögens auf sich, während die unteren 50 Prozent gerade mal ein Prozent hielten. So sehe die tatsächliche Lage in Deutschland aus, wie sie der Armuts- und Reichtumsbericht von Sozialministerin Ursula von der Leyen darstellt, befand Gabriel.

### **Regierung verleugnet die Realität**

Die Bundesregierung ignoriere diese Entwicklung. Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) wolle den Bericht noch „ressortabstimmen und dann verändern“, so Gabriel – und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe gesagt, sie setze auf einen „gemeinsamen Standpunkt“.

Diesen Umgang mit dem Armutsbericht kritisierte Gabriel scharf: „Die Wirklichkeit lässt sich nicht ressortabstimmen und die lässt sich auch nicht fälschen. Es geht auch nicht darum, dass CDU/CSU und FDP zu einem gemeinsamen Standpunkt kommen – sondern es geht darum, dass Sie mal merken, was in Deutschland los ist!“

### **Deutschland braucht eine faire Lastenverteilung**

Die Politik müsse für eine faire Verteilung der Lasten sorgen – und dazu sei das Steuerrecht der „entscheidende Hebel“. Deutschland braucht ein neues soziales Gleichgewicht. Dabei gehe es nicht um Ideologie, Sozialneid oder „Reichenverfolgung“, im Gegenteil: Wohlstand sei nicht denkbar ohne herausragende persönliche Leistung und viel Anstrengung. „Aber niemand wird alleine reich. Immer gehören Arbeitnehmer dazu.“ Deshalb wolle die SPD, „dass die, die diesen Wohlstand erarbeiten, fair und gerecht daran teilhaben und die Lasten wieder fairer verteilt werden.“ Dies sei „Patriotismus für unser Land“.

### **Wohlhabende müssen mehr schultern**

Gabriel fordert deshalb eine Debatte über gerechtere Besteuerung – und damit „auch über den Beitrag höherer Vermögen, Erbschaft und Kapital“. Der Staat stehe vor der Herausforderung, zugleich Schuldenabbau, Bildungsinvestitionen und Ausbau der Infrastruktur betreiben zu müssen.

Im Unterschied zu Schwarz-Gelb sage die SPD klar, wie sie diese Ausgaben finanzieren will: Mit dem Abbau überflüssiger Steuersubventionen, einer Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent ab einem Einkommen von 100.000 Euro pro Person und einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer, „die Ländern bis zu 10 Milliarden Euro mehr verschafft“.

## **RENTE**

### **Demographie-Fonds in der Rentenversicherung schaffen**

Die SPD-Bundestagsfraktion will auf die gesetzlich vorgesehene Begrenzung der Rücklagen der Deutschen Rentenversicherung verzichten. Stattdessen soll ein Demographie-Fonds aufgebaut werden, der die Beitragsentwicklung mittelfristig stabil hält. Dazu hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht.

Nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion ist die durch Schwarz-Gelb vorgesehene Absenkung des Rentenbeitragssatzes von 19,6 Prozent auf 19 Prozent eine Fehlentscheidung, deren negative Auswirkungen sich schon in wenigen Jahren zeigen werden. Aus diesem Grund haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen eigenen Entwurf für ein Demographie-Fonds-Gesetz (Drs. 17/10775) in den Bundestag eingebracht, der am 27. September in 1. Lesung beraten wurde.

Die SPD Bundestagsfraktion will langfristig die finanzielle Tragfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung sichern. Für sie ist die gesetzliche Rente nach wie vor die zentrale Säule der Alterssicherung. Deshalb hat die SPD in ihrer Regierungszeit die Privatisierung der Rentenversicherung stets abgewehrt und die gesetzliche Rente gesichert. Damit die Menschen ein gutes Auskommen im Alter haben, hat die SPD gemeinsam mit den Grünen zusätzlich die Säule der privaten Vorsorge gestärkt. Sie wird mittlerweile von 75 Prozent der Menschen genutzt.

### **Demographische Entwicklung belastet Rentenkasse schon bald**

Auch wenn dank Maßnahmen, die noch zur Regierungszeit der SPD getroffen wurden, die Arbeitslosigkeit zurück gegangen ist, ist klar, dass in den kommenden Jahren die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber den Rentnerinnen und Rentnern abnehmen wird. Auch wenn die guten Beschäftigungszahlen die Einnahmen der Sozialversicherungen steigen lassen, wissen die Menschen, dass die Ausgaben der Rentenversicherung auf Grund der älter werdenden Gesellschaft steigen werden. Das heißt, die demografische Mehrbelastung der Rentenkasse kommt erst noch. Deshalb wird die kurzsichtige Absenkung des Rentenbeitragssatzes durch die schwarz-gelbe Bundesregierung in einigen Jahren zu einem sprunghaften Anstieg des Beitragssatzes führen.

Nach geltendem Recht muss der Beitragssatz der gesetzlichen Rentenversicherung verändert werden, wenn zum 31. Dezember 2012 bei unverändertem Beitragssatz die sogenannte Höchstnachhaltigkeitsrücklage das 1,5fache der durchschnittlichen monatlichen Ausgaben überschreitet. Deshalb müsste ab 2013 nach geltendem Recht eine Absenkung des Beitragssatzes erfolgen. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts kann davon ausgegangen werden, dass der Beitragssatz nach der Absenkung noch stabil bleibt, doch danach werden die Beiträge enorm ansteigen. Die SPD-Bundestagsfraktion befürchtet, dass die politischen Kräfte, die ein Interesse an der Schwächung der umlagefinanzierten, gesetzlichen Rentenversicherung haben, diesen Umstand dafür nutzen werden, um den Beitragssatzanstieg als Zeichen für Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung zu interpretieren.

### **SPD will Begrenzung der Rücklagenhöhe streichen und damit Vorsorge betreiben**

Damit die Beitragssätze stabil bleiben, will die SPD-Fraktion die Begrenzung der Höchstnachhaltigkeitsrücklage streichen, um durch die erhöhten Rücklagen in den kommenden Jahren einen Demographie-Fonds aufzubauen. Dieser trägt dazu bei, die Beiträge bis zur Mitte des kommenden Jahrzehnts bei 19,6 Prozent zu stabilisieren. Auch wenn zunächst ein höherer Bundeszuschuss notwendig wird, weil er an die Einkommens- und Beitragssatzentwicklung gekoppelt ist, wird dieser ab 2020 sinken, was eine nachhaltige Entlastung des Bundeshaushalts zur Folge hat.

## **UMWELT**

### **Merkel: Gorleben wird zu Ende erkundet**

Am Ende der Vernehmung hat die Kanzlerin doch noch die Katze aus dem Sack gelassen: Zur Überraschung sämtlicher Zuhörer hat sich Bundeskanzlerin Merkel im Gorleben-Untersuchungsausschuss für eine Weitererkundung des niedersächsischen Salzstocks

Gorleben als potenzielles atomares Endlager ausgesprochen. Sie könne nach wie vor nicht einsehen, warum man einen Standort, den man schon so lange erkundet hat, nicht endlich mal zu Ende erkunde, sagte die Kanzlerin vor dem Ausschuss auf Fragen von Ute Vogt, Matthias Miersch und Kirsten Lühmann.

Das ist neu und war nicht zu erwarten. Denn damit hat die Bundeskanzlerin höchstpersönlich einen möglichen Kompromiss in der Endlagerfrage in weite Ferne gerückt.

Aber Frau Merkel will offensichtlich dort weitermachen, wo sie als Umweltministerin im Kabinett Kohl aufgehört hat. Ihr damaliges und heutiges Motto: Augen zu und durch, mit Gorleben. Damit düpiert sie ihren eigenen Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und lässt den niedersächsischen Ministerpräsident Mc Allister (CDU) im Regen stehen.

### **Weitere Ergebnisse der Zeugen-Vernehmung Merkel**

Merkel hat bei der Frage der Atom-Endlagersuche wissenschaftliche Erkenntnisse (Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe – kurz: BGR-Studie) aus politischen Gründen in der Öffentlichkeit offenbar verfälscht.

Sie rechtfertigt das vor dem Untersuchungsausschuss damit, dass Sie damals "noch nicht so perfekt wie heute" gewesen sei. Dabei hätte Ehrlichkeit gereicht. SPD-Obfrau Ute Vogt dazu wörtlich: „Dafür muss man nicht perfekt sein, sondern nur aufrichtig!“

Die Physikerin Dr. Merkel hat ihre Atom-Politik nicht wissenschaftlich, sondern ideologisch betrieben. Sie hat am Standort Gorleben aus politischen Gründen festgehalten. Geowissenschaftliche Fragen haben keine Rolle gespielt.

Merkel hat sich vehement für die alleinige Erkundung von Gorleben eingesetzt. Eine von der SPD geforderte Suche nach alternativen Standorten lehnte sie strikt ab.

Als Umweltministerin war Merkel zuständig für die Sicherheit der Atomkraftwerke, für die Sicherheit der Castortransporte und für die Sicherheit der Endlager-Erkundung in Gorleben. Der heutigen Kanzlerin ging es offenbar immer um die Interessen der Atomindustrie. Und das waren meist finanzielle Interessen. Frau Merkel war die Erfüllungsgehilfin der Atom-Lobby.

### **Vorläufiges Resümee zum 1. UA Gorleben**

- Die Entscheidung für Gorleben fiel 1977 in Niedersachsen unter der Regierung Albrecht/Kiep. Es war der niedersächsische Wirtschaftsminister Walther Leisler Kiep, der den möglichen Standort Gorleben zur völligen Überraschung sämtlicher Fachleute in Hannover und Bonn ins Spiel brachte. Am Ende brachte es MP Albrecht persönlich klar auf den Punkt: „Entweder Gorleben, oder gar keine Standort in Niedersachsen.“ Damit waren die Weichen bereits Ende der 1970er Jahre in Richtung Gorleben gestellt. Das ist eine „politische Einflussnahme“ – was zu beweisen war.
- 1983 gab es eine „politische Einflussnahme“ der Kohl-Regierung auf den Gorleben-Zwischenbericht der PTB (heute BfS). Der Terminus „Eignungshöflich“ musste in den Bericht. Der Vorschlag nach einer „Alternativen Endlagersuche“ flog raus. Auch das hat unser Ausschuss bereits bewiesen. Es gab mehrere Zeugen im Ausschuss, die von einer „Weisung“ aus Bonn gesprochen haben. Das ist eine weitere „politische Einflussnahme“ – was zu beweisen war.
- Ende der 1990er Jahre hat die damalige Umweltministerin Angela Merkel getrickst. Der Salzstock Gorleben wurde aufgrund ihrer Anordnung nur in eine Richtung erkundet (nur n/o), weil dem Bund die Rechte zur vollständigen Erkundung fehlten und bis heute fehlen (nicht s/w-Bernstorff). Diese Änderung des Erkundungskonzepts entsprach weder damals noch heute dem internationalen Stand von Wissenschaft und Technik. Merkels Motto. Was nicht passt, wird passend gemacht. Ihr Erfüllungsgehilfe: Gerald Hennenhöfer. Auch hier steht der Vorwurf der „politischen Einflussnahme“ im Raum.

**VERTEIDIGUNGSPOLITIK****Positionspapier: Neuausrichtung der Bundeswehr nachsteuern**

Die Neustrukturierung der Bundeswehr unter der schwarz-gelben Bundesregierung wird von den Soldatinnen und Soldaten und von den zivilen Beschäftigten kritisiert. Zwei Studien kommen zu dem Ergebnis, dass nicht die Reform an sich in Frage gestellt wird, sondern ihre Umsetzung. Rund 88 Prozent sehen einen großen Nachsteuerungsbedarf.

Die SPD-Fraktion hat schon 2010 davor gewarnt, dass die Reform nicht von oben nach unten durchgedrückt werden kann. Außerdem würden Chancen für entscheidende Weichenstellungen vertan. Zudem müssten alle Beschäftigten der Bundeswehr über die Ziele der Reform und den Stand der Umsetzung lückenlos informiert werden, fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in ihrem Positionspapier. Sie wollen die Reform nicht rückgängig machen, aber nachjustieren, und zwar in folgenden Bereichen:

**Zentralistische Ausrichtung**

Anders als die Bundesregierung will die SPD-Fraktion diejenigen, die von Reformentscheidungen betroffen sind, in die Umsetzung stärker einbinden. Dazu sollen die jeweiligen Ebenen auch Befugnisse erhalten.

Gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union soll ein Leitprogramm zum Umfang der zivilen und militärischen Kräfte entwickelt werden. Deutschland soll die Initiative für die Einrichtung gemeinsamer europäischer Streitkräfte ergreifen. Außerdem soll die Beschaffungs- und Ausrüstungsplanung mit den anderen Ländern abgestimmt werden. Notwendig sei ein Gesamtansatz. Die SPD kritisiert das Prinzip „Breite vor Tiefe“ nach dem die Bundesregierung vorgehe, und schlägt stattdessen vor, innerhalb der Bundeswehr auf Fähigkeiten zu verzichten, wenn ein Bündnispartner diese Lücke schließen kann.

Die SPD-Fraktion will den Verteidigungsetat umschichten, damit die Bundeswehr modern und leistungsfähig ausgerüstet bleibe und der Dienst attraktiv gestaltet werden kann. Die Streitkräfte sollen europäischer werden, dazu müsse jedoch auch das Budget moderat erweitert werden.

Neben einer zwischen den Bündnispartnern abgestimmten Beschaffung von Ausrüstung müsse definiert werden, welche industriellen Kernfähigkeiten für die europäischen Streitkräfte notwendig seien. Die Umgehung der Rüstungsexportrichtlinien zur besseren Auslastung der wehrtechnischen Industrie lehnt die SPD-Fraktion ab. Die Fähigkeiten beim Kommando Strategische Aufklärung sollen zu Computer Netzwerk Operationen (CNO) technisch weiter ausgebaut werden, um im Wettbewerb bestehen zu können. Dazu müsse die Bundeswehr auch geeignetes Personal gewinnen.

**Nachsteuerung in der Struktur**

Die SPD-Fraktion will ein Gesamtkonzept zur Stärkung aller Freiwilligendienste vorlegen. Darin soll auch ein weiterentwickelter Freiwilligendienst bei der Bundeswehr aufgenommen werden. Die Inspektoren sollen wieder eine Funktion im Ministerium erhalten.

Die Strukturen sollten so verändert werden, dass Defizite im Fernmelde- und Aufklärungsbereich sowie bei den Hubschraubern, dem Feldjäger- und Sanitätsdienst beseitigt werden. Auch die Erweiterung der Einsatzdauer auf sechs Monate entspreche nicht den Vorstellungen der SPD-Fraktion von Fürsorge und Betreuung. Die Auslagerung des Zivilpersonals lehnen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ab. Zudem müsse die Reduzierung der zivilen Beschäftigten moderat erfolgen, damit vermieden werden kann, dass die Streitkräfte zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen.

### **Attraktivitätsprogramm**

Nicht alle Maßnahmen, die seit mehr als zwei Jahren in einem Attraktivitätsprogramm in 82 Punkten verankert sind, seien aus Kostengründen auf einmal zu realisieren. Deshalb will die SPD-Fraktion ein Programm auf den Weg bringen, dass über acht bis zehn Jahre die Maßnahmen angeht und auch die Finanzierung sichert.

Die Standortentscheidungen will die SPD-Fraktion noch einmal auf Effizienz und Notwendigkeit überprüfen. Das BImA-Gesetz (Bundesamt für Immobilienaufgaben) soll so geändert werden, dass Kommunen und Gemeinden in strukturschwachen Gebieten zu besonderen Bedingungen Liegenschaften der Bundeswehr übernehmen können.

## **SPORT**

### **Gesetzesinitiative: Erweiterung der Staatsziele um Kultur und Sport**

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält im Artikel 20 neben den Staatsstrukturprinzipien, die Deutschland als demokratischen Sozial- und Rechtsstaat definieren, auch das Staatsziel, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Über die materiellen Lebensressourcen hinaus müssen aber auch die geistig-ideellen Grundbedürfnisse der Menschen, wie Kultur und Sport, geschützt werden. Ihrer gesellschaftlichen Relevanz wird bisher im Grundgesetz aber nicht entsprochen. Am Freitag, während der ersten Lesung des Entwurfs im Plenum, sagte Dieter Wiefelspütz, der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion: „Ganz wenige Wörter sollen hier Zielbestimmend sein.“ Sowohl Kultur als auch Sport seien von so überragender Bedeutung, dass sie auch im Grundgesetz aufgenommen werden sollten.

#### **Schutz von Sport und Kultur verfassungsrechtlich geboten**

Deutschland ist eine Kulturnation. Die Kultur eines Staates enthält ein großes Identifikationspotential und besitzt politische Integrationskraft, sie ist ein wichtiges Bindeglied innerhalb unserer Gesellschaft. Dabei kann Kultur aber nicht nur als Ware oder Dienstleistung wie jede andere betrachtet werden, sie bedarf eines besonderen Schutzes.

Sport stellt ein Zentrum des gesellschaftlichen Miteinanders dar und verfügt über eine große gesellschaftspolitische Bedeutung. Er ist Ausdruck eines gesunden Lebensstils, ein Mittel der Integrations- und Bildungsarbeit und ein Ort des ehrenamtlichen Engagements. Sportvereine sind zudem bedeutende Sozialisationsinstanzen, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Spitzensportler repräsentieren Deutschland und sind Identifikationssymbole für weite Teile unserer Gesellschaft.

Der Schutz und die Förderung von Kultur und Sport sind in fast allen Bundesländern der Republik verfassungsrechtlich geboten.

Um der gesellschaftlichen Relevanz der beiden Bereiche Kultur und Sport nun auch im Grundgesetz Ausdruck zu geben und ihren Schutz zu verankern, hat die SPD-Bundestagsfraktion folgenden Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Drs. 17/10644) in den Deutschen Bundestag eingebracht: „Der Artikel 20a des Grundgesetzes soll um die Staatsziele Kultur und Sport erweitert werden.“

**RECHTSPOLITIK****Mietrechtsänderung: Mieten müssen bezahlbar bleiben**

Am Donnerstag debattierte der Bundestag erstmals über den Entwurf der Bundesregierung zu einem Mietrechtsänderungsgesetz. Die Kernelemente der hitzigen Debatte waren der im Gesetz vorgesehene Mietminderungsausschluss von drei Monaten bei energetischer Gebäudesanierung, Regelungen zum sogenannten Contracting, bei dem der Vermieter den Betrieb beispielsweise einer Heizungsanlage seines vermieteten Hauses auf einen Dritten überträgt, Mietnomadentum und die Regelung der Miethöhen.

Dem Mietrecht kommt eine hohe gesellschaftliche Bedeutung zu, da von 40 Millionen Wohnungen in Deutschland rund 60 Prozent Mietwohnungen sind und ein Großteil der Bevölkerung zur Miete wohnt. Der SPD-Parlamentarier Ingo Egloff sagte in der Debatte, der Gesetzentwurf der Bundesregierung habe erhebliche Mängel: „Er führt zu Rechtsunsicherheiten bei der energetischen Gebäudesanierung und er öffnet damit dem Rechtsstreit Tür und Tor.“

Für Vermieter müssen Anreize geschaffen werden, ihr Wohneigentum unter Energieeffizienzgesichtspunkten zu sanieren. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen die Mieter jedoch trotz Beeinträchtigungen während der Sanierung bis zu drei Monate die Miete in voller Höhe weiterzahlen. Hinzu kommt, dass die Kosten der Modernisierung mit elf Prozent auf die Mieter umgelegt werden sollen. Das hat zur Folge, dass viele Mieter die Mieterhöhungen nach energetischen Modernisierungen nicht verkraften können. Ingo Egloff: „Ich vermisse die soziale Frage im Entwurf der Regierung völlig.“

**Kosten gerecht verteilen**

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Florian Pronold forderte, die Kosten für eine energetische Sanierung gerecht auf Mieter und Vermieter aufzuteilen. Zu der von der SPD geforderten Regelung der Miethöhe sagte er: „Die Menschen haben Angst davor, ihre Mieten nicht mehr bezahlen zu können. Auch Menschen mit geringem Einkommen wollen in der Innenstadt leben. Sie werden aber verdrängt.“ Die Regierung habe „keinen Sinn für die Krankenschwester und den Wachmann.“

Der SPD-Abgeordnete Michael Groß schlug in seinem Redebeitrag vor, die energetische Sanierung als Bestandteil der Städteentwicklung zu organisieren und die soziale Stadt wiederzubeleben. „Die SPD steht zum Klimaschutz, aber die Miete muss bezahlbar bleiben.“ Es müsse verhindert werden, dass Menschen aus Stadtteilen vertrieben werden, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können, so Groß.

Ingo Egloff resümierte: „Ich hoffe auf eine neue Debatte. Lassen Sie uns im Interesse der Mieter weiterarbeiten.“

**FAMILIEN****Anstatt Großelternzeit soll Schröder Kinderbetreuung ausbauen**

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht in den Plänen von Familienministerin Schröder (CDU) die Großelternzeit weiterzuentwickeln eine weitere Luftnummer und die Tendenz, anstatt die

öffentliche Infrastruktur entsprechend auszubauen, Aufgaben ins Private zu schieben.

Nun will Schröder die Großelternzeit ausdehnen, die von der Großen Koalition eingeführt wurde, um Teenager-Eltern zu ermöglichen, ihre Schule oder Ausbildung abzuschließen. Diese Möglichkeit der unentgeltlichen Freistellung von Großeltern will Schröder flexibler ausgestalten. Nach dem umstrittenen Betreuungsgeld liegt mit der Weiterentwicklung der Großelternzeit ein weiterer nicht zeigemäßer Vorschlag in der Familienpolitik auf dem Tisch. Außerdem wird hier erneut ein überkommenes Rollenbild zementiert, denn die Großelternzeit würde sicher vermehrt von den Großmüttern in Anspruch genommen werden.

### **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung**

Aus Sicht der SPD-Fraktion soll die Familienministerin ihre Energie besser darauf konzentrieren, den Ausbau von Kitaplätzen und Ganztagschulen voran zu bringen. Die SPD-Fraktion will außerdem den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 13. Lebensmonat auf einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ausweiten. Dann haben Eltern die Chance, Beruf und Familie wirklich gut unter einen Hut zu bringen. Für die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks, geht das Vorhaben der schwarz-gelben Regierung an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei. „Dieses Gesetz ist ein weiterer Versuch, Verantwortung in den privaten Bereich und in die Familie zu verlagern – nach dem Motto: Helft euch selbst. Wie schon beim Familienpflegezeitgesetz, mit dem vorhandene Pflegebedarfe innerhalb der Familie geregelt werden sollen.“

Ebenso zweifelhaft sehen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass die Weiterentwicklung der Großelternzeit ein Bestandteil der Demografiestrategie sein soll. Sie finden es fraglich, ob es die Lebenswirklichkeit berufstätiger Großeltern trifft, für das Enkelkind eine Auszeit zu nehmen.

## **Konsequenzen aus dem 13. Kinder- und Jugendbericht ziehen**

Die SPD-Bundestagsfraktion will das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen besser fördern. Auf Grundlage des 13. Kinder- und Jugendberichts hat sie einen umfassenden Antrag im Bundestag eingebracht, der am 27. September 2012 abschließend beraten wurde.

Grundlage für den umfassenden Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern“ (Drs. 17/3178) war der 13. Kinder und Jugendbericht. Der Bericht stellt die Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt. Er leistet dabei einen wertvollen Beitrag zur Analyse der drei Systeme Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Behindertenhilfe. Aus Sicht der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollte der Bericht eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung von Initiativen und Programmen zur Gesundheitsförderung und Prävention in Deutschland sein.

Nach Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention haben alle Kinder ein Recht „auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit sowie auf Inanspruchnahme von Einrichtungen zur Behandlung von Krankheiten und zur Wiederherstellung der Gesundheit.“

### **Bundeseinheitliches Präventionsgesetz ist notwendig**

Gesundheitsfördernde und präventive Politik für Kinder und Jugendliche setzt die Verzahnung verschiedener Fördersysteme und den Ausbau von sozialer Infrastruktur voraus. In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den

Ländern die Zusammenarbeit zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Behindertenhilfe zu regeln. Ein bundeseinheitliches Präventionsgesetz ist notwendig. Junge Menschen sollen unabhängig von Behinderung, sozialer Lage und ethnischer Herkunft durch die Kinder- und Jugendhilfe gefördert werden. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ darf nicht gekürzt werden. Ein nationaler Bildungspakt soll die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche verbessern. Die Ausgaben für Bildung müssen gesteigert und Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ausgebaut werden. Darüber hinaus soll der Nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ fortgeschrieben werden. Die SPD-Bundestagsfraktion erneuert ihre Forderung, die Kinderrechte endlich im Grundgesetz zu verankern.

## PETITIONEN

### Jahresbericht des Petitionsausschusses debattiert

Der Bundestag debattierte am 27. September 2012 den Bericht des Petitionsausschusses zum Jahr 2011. Im vergangenen Jahr hat der Ausschuss abschließend 15.136 Eingaben behandelt. Die Möglichkeit der Online-Petitionen wird eifrig genutzt, mittlerweile sind 1,2 Millionen Internetnutzer angemeldet. Die SPD-Fraktion setzt sich stetig für die Weiterentwicklung des Petitionswesens ein.

Insgesamt wurden 15.191 Eingaben und Petitionen beim Petitionsausschuss eingereicht. Daraus errechnet sich bei 254 Werktagen ein täglicher Durchschnitt von rund 60 Zuschriften. Allein 5112 davon gingen elektronisch über das Web-Formular über [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) ein. Zusätzlich kann der Petitionsausschuss noch auf Massenzuschriften verweisen. Zu den im Internet veröffentlichten Petitionen wurden 500.000 elektronische Mitzeichnungen registriert.

„Solange es keine Volksentscheide und Volksbegehren auf Bundesebene gibt, sind dort Petitionen das einzige Mittel direkter Demokratie,“ sagte der Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Petitionsausschuss, Klaus Hagemann.

#### Die meisten Eingaben betreffen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Im vergangenen Jahr hat der Ausschuss abschließend 15.136 Eingaben behandelt. Darunter waren auch Überhänge aus 2010, die nicht innerhalb der Jahresfrist abgearbeitet werden konnten. Wie aus dem Tätigkeitsbericht hervorgeht, liegt in der Rangliste der Zuständigkeiten der einzelnen Ministerium das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit 22 Prozent der Eingaben (3346) vorn, gefolgt vom Bundesministerium für Justiz (zwölf Prozent, 1885) und dem Finanzministerium (9,7 Prozent, 1478).

Am Eingabefreudigsten – ausgehend von der Anzahl der Petitionen, die im Durchschnitt auf eine Million Einwohnerinnen und Einwohner des jeweiligen Bundeslandes entfielen – hätten sich wie schon in den vergangenen Jahren die Bürger aus Berlin und aus Brandenburg gezeigt. Die „Phalanx der ostdeutschen Bundesländer“, so heißt es in dem Bericht weiter, sei aber durch Rheinland-Pfalz auf Platz fünf gebrochen worden.

#### Im Einsatz für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger

Mehr als ein Drittel der Vorgänge konnte der Petitionsausschuss positiv erledigen. Oft bewirkten bereits Ersuche um Stellungnahmen des Petitionsausschusses bei staatlichen Stellen eine gründlichere Abwägung des Für und Wider als im vorhergehenden Antragsverfahren. Vor allem wurde geprüft, welche Spielräume für die Petenten ausgeschöpft werden könnten und ob alles Mögliche unternommen wurde, um die Probleme möglichst bürgernah zu lösen. Teilweise waren aber auch ausführliche Gespräche mit den Berichterstattern unter Beteiligung von Regierungsvertretern notwendig, um Lösungswege aufzuzeigen.



### Online-Petitionen besonders beliebt

Das Instrument der öffentlichen Petitionen, ursprünglich als Modellversuch gestartet, ist inzwischen eine ständige Einrichtung. Dadurch wurde die Angebotspalette des Ausschusses verbessert und erweitert. Monatlich werden zwischen 30 und 80 neue Petitionen im Internetportal des Bundestages eingestellt. Dazu gingen 2011 66 000 Diskussionsbeiträge ein. „Die SPD war stets die treibende Kraft, wenn es darum ging, das Petitionswesen zu modernisieren und weiterzuentwickeln,“ sagte Klaus Hagemann. So waren es auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die die Online-Petition durchgesetzt haben.

Durch die Veröffentlichung der Petitionen im Internet werden der Öffentlichkeit Themen von allgemeinem Interesse vorgestellt. Dabei können die Internetnutzer in Foren Diskussionsbeiträge veröffentlichen oder sich in eine Unterstützerliste eintragen. Die Zahl der angemeldeten Nutzer liegt mittlerweile bei 1,2 Millionen. Vier bis fünf Millionen Seitenaufrufe pro Monat zeigen das große Interesse der Bevölkerung an diesem Angebot des Petitionsausschusses.

Zu den Themen, die im Internet einen besonderen Zuspruch erfahren haben, finden öffentliche Beratungen des Ausschusses statt, bei denen die Petenten auch ein Rederecht haben, um ihre Petition darzustellen. 2011 wurden in vier Sitzungen zehn Eingaben öffentlich beraten.

Dazu gehörten:

- Klimaschutz als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern
- Die Finanztransaktionssteuer
- Petitionen für und gegen die Aufnahme der deutschen Sprache als Amtssprache ins Grundgesetz
- Petitionen gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen
- Der Gesetzentwurf zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung
- Nukleare Ver- und Entsorgung

### Weitere Informationen gibt es auch hier:



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>